

Untersuchungen zeigen, dass Wähler der AfD und Anhänger von system- bzw. elitenkritischen Bewegungen wie Pegida nicht nur sozial „Abgehängte“ sind.



Diffuse Protestbewegung, die eliten- und fremdenfeindliche Parolen skandiert: Pegida-Demonstration in Dresden, 2015.

Spaltung und Einheit: Weimar und die Gegenwart

Welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich aus dem **historischen Vergleich** ziehen, auch wenn, wie oft betont wird, Berlin nicht Weimar ist?

Von **Elke Seefried**

Gespaltene Gesellschaften“ sind das Thema des Historikertages 2018. Politische und soziale Zerreißproben seien – so der Historikerverband – keine Besonderheit unserer Zeit. Die Geschichtswissenschaft könne nicht nur historische Analogien bilden, sondern auch erkunden, welche (normativen) Ordnungsvorstellungen der Diagnose einer „Spaltung“ bzw. „Einheit“ zugrunde lagen. Damit trage sie dazu bei, Prozesse gesellschaftlicher und politischer Spaltung einzuordnen.

Sucht man nach historischen Analogien zur Gegenwart, so richtet sich der Blick rasch auf die Weimarer Republik, die wie kaum eine andere Epoche mit sozialer Spaltung, politischer Polarisierung und dem Sieg des Extremismus verbunden wird. Berlin ist zwar nicht Weimar, denn die Unterschiede zwischen beiden Demokratien sind gewaltig. Und doch lassen sich aus einem Vergleich politische Schlussfolgerungen ziehen.

Soziale Spaltung

Die Gesellschaft der Weimarer Republik zeigte sich von wachsenden sozialen Gegensätzen zerklüftet. Zwar lösten die klassenübergreifende Kriegserfahrung und der Ausbau des Sozial- und Interventionsstaats einen gewissen Egalisierungsschub aus. Auch der wirtschaftliche Strukturwandel ebnete soziale Gegensätze eher ein. Hingegen beschleunigte sich in der Inflation

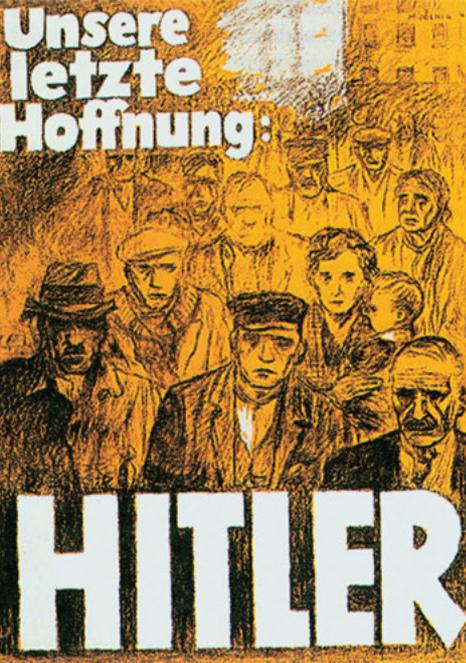


Politische Auseinandersetzungen auf der Straße: Massendemonstration gegen den Nationalsozialismus im Berliner Lustgarten während der Weimarer Republik.

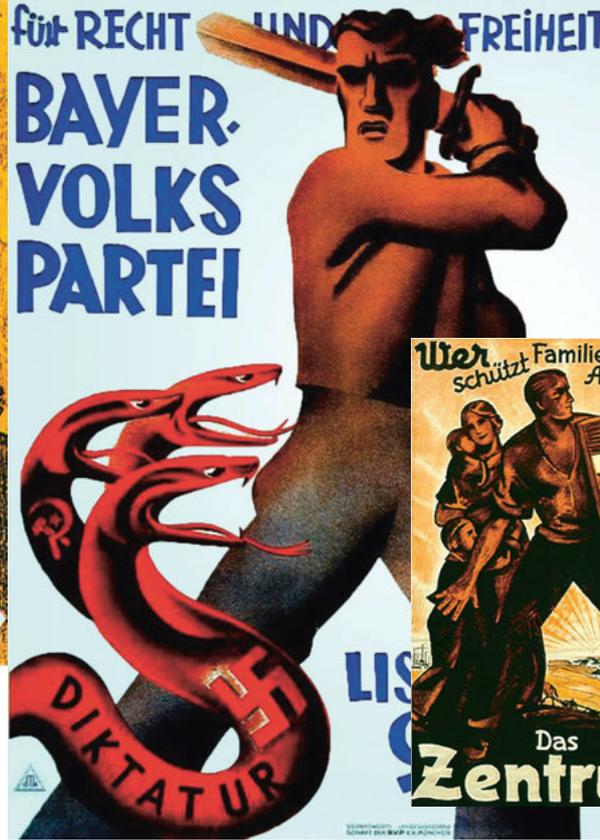
1923 ein Umverteilungsprozess innerhalb der Mittelschichten. Teile des Bürgertums verarmten und radikalisierten sich in der Folge politisch. Vor allem die Weltwirtschaftskrise vertiefte die soziale Spaltung. Das Volkseinkommen sank von 1929 bis 1932 um 39 Prozent. 1928 waren 1,3 Millionen Deutsche arbeitslos, Anfang 1933 knapp 6 Millionen. Zugleich verschärfen sich Arbeitskämpfe, auch weil sich die Interessenvertretungen der Industriellen 1918/19 einen starken Einfluss auf die Wirtschaftspolitik gesichert hatten. Ein „Gefühl der Unsicherheit“ (Eberhard Kolb) erfasste die deutsche Gesellschaft. Viel grundsätzlicher ist davon auszugehen, dass der tiefgreifende politische, sozioökonomische und technologische Wandel in den „Krisenjahren der Klassischen

Moderne“ (Detlev J. K. Peukert) wachsende „Statusunsicherheit“ und eine Suche nach Identität bedingten (Andreas Wirsching).

Zieht man Analogien zur Gegenwart, so sind ökonomische Probleme und soziale Spaltung heute weit weniger drängend. Deutschland gilt als ein Gewinner der Globalisierung, der ökonomische Prosperität und politische Stabilität bietet und auch deshalb ein bevorzugter Zufluchtsort geworden ist. Die sozioökonomischen Daten sind nicht vergleichbar mit der Weimarer Republik. Wie die soziale Ungleichheit bewertet wird, hängt von Berechnungsmethoden und Standpunkt ab. Die Hans-Böckler-Stiftung argumentiert, die Einkommensungleichheit in Deutschland sei zwischen 1999 und Mitte der 2000er Jahre deutlich gewachsen. Auch die Ungleichverteilung der Vermögen habe leicht zugenommen. Hingegen betont der Chef des Ifo-Instituts Clemens Fuest, dass die Einkommensungleichheit seit 2005 nicht mehr wachse, während die Zahl voll sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen gestiegen und die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitsmarktreflexionen gesunken sei. In der Tat gab es in Deutschland zuletzt nur knapp 2,5 Millionen Arbeitslose. Die Agenda 2010-Reformen implizierten eine Aufhellung des Arbeitsmarktes, hatten aber auch Effekte auf das Normalarbeitsverhältnis: Der von Ulrich Beck diagnostizierte „Fahrstuhleffekt“, der den Aufstieg aller trotz bestehender Ungleichheiten beschrieb, sei

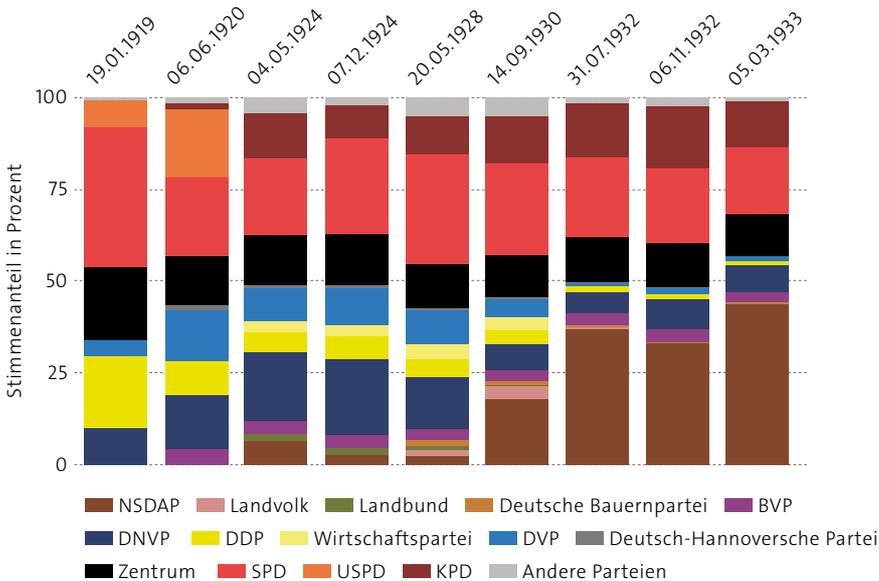


In der Fülle der Wahlplakate spiegelt sich die lebendige politische Kultur, aber auch die Aufspaltung des Parteiensystems in der Weimarer Republik.



Ergebnisse der Reichstagswahlen in den Jahren 1919 bis 1933

Die Grafik verdeutlicht die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems während der Weimarer Republik. Der Reichstag umfasste meist zehn und teilweise 15 Fraktionen. Ende der 1920er Jahre erodierte die liberalen Parteien Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei (DDP) und Deutsche Volkspartei (DVP), die bei den ersten Reichstagswahlen im Januar 1919 zusammen noch 23 Prozent erreicht hatten. Die konservativ-monarchistische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) radikalisierte sich zu einer rechten, systemfeindlichen Partei. Bei den Reichstagswahlen von September 1930 erzielten die extremistischen Parteien NSDAP und KPD deutliche Stimmengewinne: Die KPD steigerte die Zahl ihrer Mandate von 54 auf 77, die NSDAP von 12 auf 107.

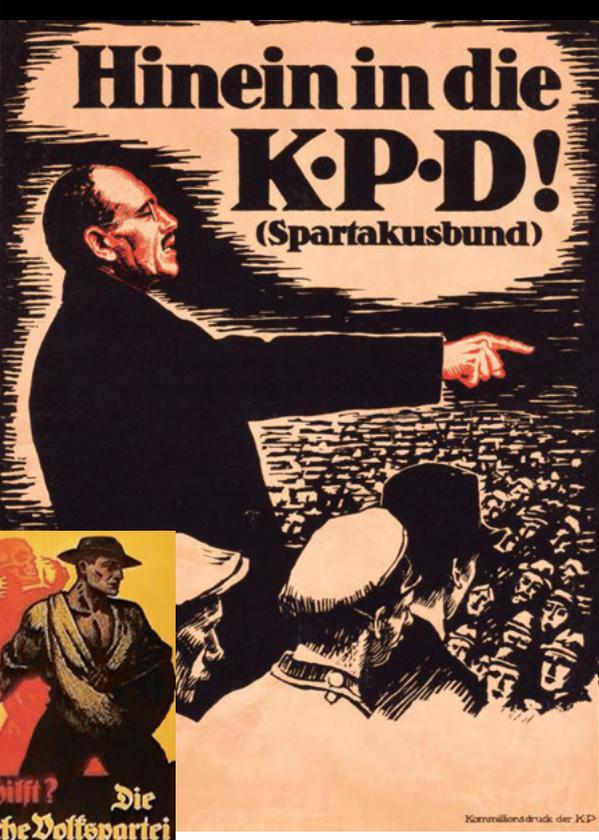


– so der Soziologe Oliver Nachtwey – von einem „Rolltreppeneffekt“ abgelöst worden: Wohlhabende erreichten die nächste Etage, zugleich kämpften mehr Arbeitnehmer mit „Statusinkonsistenz“ oder prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichwohl zeigen Untersuchungen, dass Wähler der AfD und Anhänger von system- bzw. elitenkritischen Bewegungen wie Pegida nicht nur sozial „Abgehängte“ sind, sondern auch einer sich als bedrängt sehenden Mittelschicht entstammen, was gewisse Verbindungslinien zur Weimarer Republik andeutet. Hier lässt sich auf Enttäuschung und die Suche nach Identität verweisen: Gerade die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands und Osteuropas durchlebten seit 1990 tiefreichende Veränderungsprozesse. Die Ostdeutschen erhielten zwar die versprochenen „blühenden Landschaften“, machten aber „Entfremdungserfahrungen“ (Hartmut Rosa), die sich aus der hohen Arbeitslosigkeit nach der Privatisierungswelle und neuen Erfordernissen der Mobilität speisten. Hier scheint der Kern einer mentalen Spaltung zwischen Ost und West zu liegen.

Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems

Die politische Spaltung in der Weimarer Republik zeigte sich paradigmatisch in der Fragmentierung und Polarisierung des

Grafik: Quelle Nationale statistische Ämter (Statistisches Reichsamt) © Statista 2015



Wahlplakate: unbekannt (8)

Parteiensystems. Die Parteien waren größtenteils Massenintegrations- oder Milieuparteien, die festgefügte „sozialmoralische Milieus“ (M. Rainer Lepsius) repräsentierten, die eine bestimmte soziale Schichtung bzw. weltanschauliche oder kulturelle Orientierung kennzeichneten. Der Reichstag umfasste fast durchgehend mehr als zehn Fraktionen. Zwar verweist die neuere Forschung auf eine parteiübergreifende „Integrationsdynamik“ im Reichstag bis 1928 (Thomas Mergel), doch dann verstärkte sich die Polarisierung. Die liberalen Parteien orientierten sich nach rechts und erodierte 1930. Zugleich explodierte der Sitzanteil extremistischer und systemfeindlicher Parteien. In den Reichstagswahlen vom Juli 1932 erzielten NSDAP und KPD eine absolute Mehrheit der Sitze, also eine Sperrminorität. Dabei gelang es der NSDAP, Wähler aller Milieus und Schichten zu gewinnen, auch wenn überproportional die Mittelschicht nach rechts rückte, die Angst vor dem sozialen Abstieg hatte (Jürgen Falter). In der Stärke der systemfeindlichen Parteien manifestierte sich nicht nur das gesunkene Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie, sondern darin wurzelten auch die Probleme, überhaupt Regierungen zu bilden. Von 1919 bis 1933 amtierten zwanzig Reichsregierungen. Die Republik erlebte nur kurz ein funktionierendes parlamentarisches Spiel der Kräfte.

Die Weimarer Milieuparteien wurden nach 1945 von Volksparteien abgelöst, die Wähler unterschiedlicher sozialer Schichten und Religion zu gewinnen suchen. Seit den 2000er Jahren allerdings verlieren sie an Bindungskraft. Parteien in Europa, so Jan-Werner Müller, hätten „ihre besten Zeiten hinter sich“, wie sich am dramatischen Mitgliederschwund und der unsteten Identifikation der Wähler mit bestimmten Parteien zeige. In Deutschland erodiert die Mitte zwar nicht wie in der Weimarer Republik (oder heute in Italien), doch wächst die Fragmentierung. Erstmals seit Anfang der 1950er Jahre umfasst der Bundestag 2017 sechs Fraktionen und sieben Parteien.

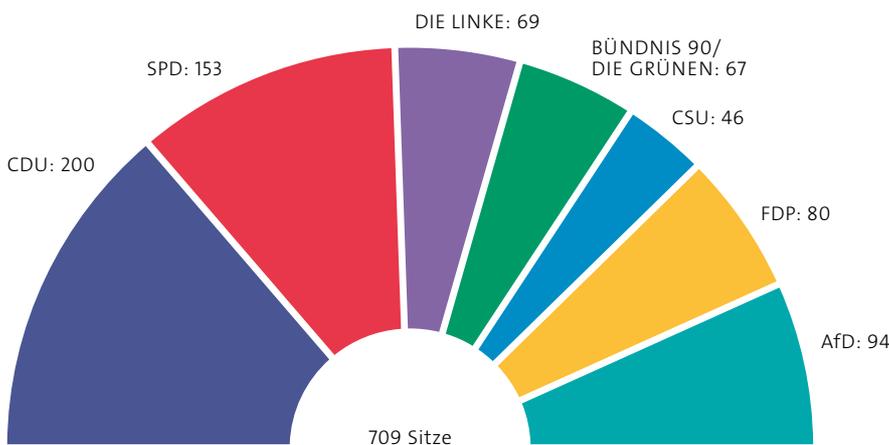
Mit der gewachsenen Parteienzahl verbinden sich nicht nur Probleme der Regierungsbildung, sondern auch eine neue Polarisierung: Systemkritische und populistische Parteien erfahren in fast ganz Europa Zulauf. Populismus lässt sich daran erkennen, „dass seine Vertreter behaupten, sie und nur sie repräsentierten das wahre, immer als homogen gedachte Volk“ (Jan-Werner Müller). Populismus ist damit auch eine „Strategie politischer Mobilisierung“ (Peter Graf Kielmansegg). Sicher ist jeder Demokratie Populismus inhärent, weil politische Eliten oft einfache Antworten präsentieren, um dem Wähler die Komplexitäten zu ersparen. Gefährlich aber ist derjenige Populismus, der sich in einem Freund-Feind-Denken

Deutschland gilt als ein Gewinner der Globalisierung, der ökonomische Prosperität und politische Stabilität bietet und auch deshalb ein bevorzugter Zufluchtsort geworden ist.



Sitzverteilung im Deutschen Bundestag nach der Bundestagswahl 2017

Das Parteiensystem der Bundesrepublik hat sich gewandelt, doch entspricht es nicht Weimarer Maßstäben. Nach einem Konzentrationsprozess in den 1950er Jahren, der auch in der Etablierung der Fünf-Prozent-Hürde gründete, bestand der Deutsche Bundestag lange nur aus drei Fraktionen (CDU/CSU, SPD und FDP). 1983 zogen die Grünen erstmals in den Bundestag ein, 1990 die SED-Nachfolgepartei PDS, die sich 2007 mit der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei Die Linke zusammenschloss. Nun ist am rechten Rand als neue Fraktion die Alternative für Deutschland (AfD) hinzugekommen. Damit umfasst der Bundestag erstmals seit den 1950er Jahren sechs Fraktionen und sieben Parteien.



gegen die Eliten und gegen den komplizierten demokratischen Prozess als solchen wendet. Einen derartigen Populismus bis hin zu Brücken zum Rechtsextremismus gibt es zweifellos innerhalb der AfD. Ebenso entstanden diffuse Protestbewegungen wie Pegida, die eliten- und fremdenfeindliche Parolen skandieren, aber auch eine „größere Gewichtung konservativer Leitvorstellungen“ fordern (Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter). In der Suche nach einfachen Antworten, in der Ablehnung von Komplexität und der Ansprache an das „wahre“ Volk gegen die Eliten zeigen sich gewisse Analogien zur Weimarer Republik.

Politische Gewalt und Extremismus

In Weimar korrespondierten die Stimmengewinne der extremistischen Parteien mit grassierendem Fanatismus und politischer Gewalt. Für die Repräsentanten und Anhänger des Kaiserreichs war mit Niederlage und Revolution 1918/19 eine Welt untergegangen. Sie setzten sich aber mehrheitlich nicht mit ihrer eigenen Verantwortung für den Krieg auseinander, sondern suchten mit der „Dolchstoßlegende“ willentlich der Republik

die Schuld an der Niederlage anzuhängen. Extreme Nationalisten verhiessen in der Konstruktion einfacher Dichotomien neue Sicherheiten. Die NSDAP konstruierte mit der „Volksgemeinschaft“ ein „wahres“ Volk, das rassistisch und willensmäßig einig sei und den Weimarer Eliten und „Fremdvölkischen“ gegenübergestellt wurde. Zugleich inszenierte der Nationalsozialismus die eigene Mission in der Geschichte und versprach in einem „Modus der Verheißung“ (Bernd Weisbrod) das Endreich. Ebenso verhiess die KPD eine helle Zukunft durch eine Revolution nach russischem Vorbild, wenn der Kampf gegen das Weimarer „System“ geführt werde. Damit eskalierte auch die politische Gewalt: Die Parteien schufen paramilitärische Gruppen, die sich Straßenkämpfe lieferten.

Das Ausmaß politischer Gewalt unterscheidet zweifellos die Gegenwart von der Weimarer Republik. Es lässt sich aber auf die rechtsextremistischen NSU-Morde, auf islamistisch motivierte Terroranschläge in Belgien, Frankreich und Deutschland sowie auf rechte Aufmärsche und linke Ausschreitungen wie beim G7-Gipfel verweisen, die eine Zunahme politischer Gewalt und die Verlagerung politischer Auseinandersetzungen auf die Straße andeuten.

Spaltung und Einheit

Die Ursachen für politische Spaltungen und Polarisierungen sind vielfältig und können hier nicht abschließend geklärt werden. Jedenfalls offenbart sich ein gesunkenes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie und die Eliten, das gewisse Analogien zu Weimar aufweist, aber auch in anderen Faktoren gründet. Auf europäischer Ebene lassen sich die Probleme der Weltfinanzkrise sowie der Euro-Schuldenkrise benennen. Sicher trägt zudem die Diskussion um soziale Ungleichheit zu Vertrauensverlust in die Eliten bei, weil sich die Wahrnehmung fehlender sozialer Gerechtigkeit auch auf „neoliberal“ aufgeladene Ansprüche an Arbeitnehmer bezog, in Zeiten der Globalisierung mehr Mobilität und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu akzeptieren. Ebenso ist auf die Entfremdungserfahrungen ostdeutscher und osteuropäischer Bürger zu verweisen. Das gesunkene Vertrauen in die repräsentative Demokratie in Deutschland hat ferner mit einem fehlenden Elitenwechsel zu tun, der eine Begrenzung der Amtszeit der/s Kanzlerin/s auf zwei Legislaturperioden

Gefährlich aber ist derjenige Populismus, der sich in einem Freund-Feind-Denken gegen die Eliten und gegen den komplizierten demokratischen Prozess als solchen wendet.

nahelegt. Hinzu kommt eine Verschiebung im Parteiensystem, weil die CDU im „System Merkel“ (Wolfgang Strecek) ganz auf die Mitte zielte und teilweise die SPD verdrängte. Konservative Stammwähler der CDU sahen sich nicht mehr repräsentiert.

Schließlich lässt sich fragen, ob auch Vorstellungen politischer Einheit dazu beitrugen, Spaltungsprozesse zu vertiefen, und dies eröffnet nochmals Verbindungslinien zu Weimar. Schon in den Weimarer Verfassungsberatungen wollten Liberale, Zentrumspartei und viele Sozialdemokraten das repräsentative System mit einem Gegengewicht ausstatten, weil man dem Parteienparlamentarismus die Verwirklichung des „Volkswillens“ nicht recht zutraute. In Sorge vor einem „Parlaments-Absolutismus“ (Hugo Preuß) sollte der mächtige Reichspräsident die Einheit des Volkes verkörpern und als Ersatz-Monarch quasi über den Parteien stehen. Solche Überlegungen speisten sich einerseits aus einem „konstitutionalistischen“ Verständnis von Parlamentarismus (Andreas Wirsching) und wurzelten andererseits in einer überzogenen Konsensorientierung, die sich aus den massiven Sachproblemen von 1918/19 erklärt. In den 1920er Jahren strebten die Parteien der Mitte auch deshalb eine breite Regierungsbildung, ja eine Große Koalition an (Thomas Raithel). Dies widersprach freilich dem klassischen parlamentarischen Prinzip des Pendelschlags. Damit gab man nicht nur Verantwortung an den Präsidenten ab, sondern trug zur Stärkung der Ränder bei.

Letzteres lässt sich auch für die bundesdeutsche Politik beobachten, die seit 2005 fast durchgehend von Großen Koalitionen bestimmt wird. Die Große Koalition verstand sich lange zu sehr als Sachwalter des Gemeinwohls über den Parteien. So reklamierte die Bundeskanzlerin in der Lösung

der Euro-Krise eine „Alternativlosigkeit“; Ähnliches galt für die Diskussion der Flüchtlingspolitik. Nach den Bundestagswahlen von 2017 kam eine Minderheitsregierung für die Mehrheit der Akteure nicht in Frage – hier zeigten sich erneut Tendenzen einer Politik über den Parteien. Damit aber verlor der Pendelschlag des Parlamentarismus an Wirkkraft, der die bundesdeutsche Demokratie seit den 1960er Jahren geprägt hatte – und das trug zu außerparlamentarischem Protest und Spaltung bei. Dies hat sich nun in ambivalenter Weise geändert, weil die AfD in den Bundestag eingezogen ist. Gerade aufgrund der Weimarer Erfahrungen ist Wachsamkeit wichtig, was politisch sagbar ist und wird. Insofern ist es auch die Aufgabe des Parlaments, nationalistischen und rassistischen Stimmen entgegenzutreten.

Berlin aber ist nicht Weimar. Die bundesdeutsche Demokratie basiert auf anderen ökonomischen Grundlagen und gefestigten Erfahrungen. Ihre Stärke war lange ihre Vitalität und das Aushalten unterschiedlicher Positionen bei entschiedener Abgrenzung gegenüber dem Extremismus.

Prof. Dr. Elke Seefried

ist Zweite Stellvertretende Direktorin des Instituts für Zeitgeschichte und lehrt Neueste Geschichte an der Universität Augsburg. Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Geschichte der Weimarer Republik, deutsche und europäische Zeitgeschichte seit den 1960er Jahren, der Kalte Krieg sowie die Geschichte der Zukunft.
